

**ANFRAGE** von Marcel Burlet (SP, Regensdorf), Markus Späth-Walter (SP, Feuerthalen) und Peter Schulthess (SP, Stäfa)

betreffend Atomare Tiefenlager im Zürcher Unterland und NAGRA-Gelder

Im Jahre 2008 sprach sich der Regierungsrat gegen ein atomares Tiefenlager im Zürcher Unterland aus. An der Medienkonferenz zum neuesten Energieplanungsbericht des Kantons Zürich tritt der Regierungsrat für den Bau eines neuen Atomkraftwerkes ein; Zitat aus der Medienmitteilung: «Die Absicht der Axpo, ein Ersatzkernkraftwerk für Beznau I und II zu erstellen, wird unterstützt.» Die Studie «Zürich erneuerbar» zeigt klar auf, dass die Versorgung des Kantons Zürich mit Elektrizität mittelfristig vollständig aus erneuerbaren Energien machbar ist. Beznau I und II sind überflüssig und mit rund 40 Mrd. Fr. sicherheitspolitisch riskant, finanziell unrentabel und letztlich damit unbezahlbar. Der Regierungsrat wendet sich bekanntlich gegen ein Atomendlager im Zürcher Unterland, begrüsst jedoch zwei neue Atomkraftwerke. Das ist St. Florians-Politik in Reinkultur! Der Focus sollte auf sicheren und erneuerbaren Ersatztechnologien liegen. Dazu ist aber ein entschlossener politischer Wille nötig. Davon ist bis heute viel zu wenig festzustellen.

Die Suche nach Endlagern für radioaktive Abfälle ist teuer; sie verursacht insbesondere auch den eventuellen Standortgemeinden, Standortkantonen und Standortregionen hohe Kosten. Sie müssen Begleitgremien aufbauen, Sitzungen abhalten, Stellungnahmen verfassen, Öffentlichkeitsarbeit betreiben. Teuer ist die Angelegenheit aber auch für zivilgesellschaftliche Organisationen, die die angebotenen Mitwirkungsrechte nutzen und sich in die Verfahren einschalten. Zur Abgeltung solcher Kosten kann das Bundesamt für Energie auf einen Kredit von 28 Millionen Franken zurückgreifen, der zur Hauptsache von der Nagra gespiesen wird.

Wir ersuchen in diesem Zusammenhang den Regierungsrat, folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie setzt der Regierungsrat sein Versprechen konkret um, die von der Atomlagerfrage betroffenen Regionen und Gemeinden in ihrem Widerstand aktiv zu unterstützen?
2. Wie rechtfertigt der Regierungsrat seine widersprüchliche Haltung, ein Endlager abzulehnen, gleichzeitig aber den Bau neuer Atomkraftwerke zu begrüssen?
3. Ist dem Regierungsrat bekannt, welche Organisationen in welchem Umfang von den NAGRA-Geldern profitieren? Trifft es zu, dass atomfreundliche Organisationen wie etwa die Vereinigung «Vera» zu den Empfängern gehören? Falls ja: Wie stellt sich die Regierung zu diesen Zahlungen?
4. Wird sich die Regierung dafür einsetzen, dass NAGRA-Bundes-Gelder auch privaten Organisationen von Bürger/-innen-Bewegungen oder Gemeindeverbänden zugute kommen (z. B. SES, klar Schweiz, LoTi, Forum Lägern Nord, Forum Opalinus), damit auch unabhängige atomkritische Forschung und Gutachten in den Entscheidungsprozess punkto Sicherheit und Machbarkeit von atomaren Endlagern einfliessen können?

Marcel Burlet  
Markus Späth-Walter  
Peter Schulthess